

SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

SCHWERPUNKTE DER SITZUNGSWOCHE

**LEITANTRAG:
"ANKÜNDIGUNGEN ZU
HÄRTEFALLANTRÄGEN
GEGEN HOHE
ENERGIEPREISE SOFORT
UMSETZEN."**

**MINUSMA-EINSATZ
BEENDEN**

**ERDBEBEN IN DER TÜRKEI
UND SYRIEN**

 SERAP GÜLER

 SGUELER

 SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die dritte Sitzungswoche im neuen Jahr 2023 ist vorüber. Diese Woche begann mit einer schrecklichen Nachricht aus der **Türkei** und **Syrien**: die **schlimmste Erdbebenkatastrophe** seit 1939. Wer sein Leben nicht in den Trümmern verloren hat, steht vor einem Leben in Trümmern. Ich bin dankbar, für die schnellen Reaktionen aus Deutschland und der Welt. Die Bundeswehr, sowie das THW sind seit Tagen im Einsatz. Weitere Infos dazu und welche Folgen diese Katastrophe für Deutschland hat, finden Sie im **Interview mit der FAZ**.

Ich habe in dieser Woche **eine Rede** zum AfD - Antrag: "Sicherheitsgarantien für Ukraine und Russland" gehalten. Warum dieser Antrag nicht nur **fachlich falsch und antieuropäisch ist, sondern auch gegen deutsche Interessen verstößt**, können Sie meiner Rede entnehmen.

Auch der **MINUSMA-Einsatz unserer Bundeswehr** hat eine wichtige Rolle gespielt. Wir plädieren in dieser Lage für eine rasche aber geordnete Beendigung dieses Einsatzes und schlagen vor, das Engagement auf einer **umfassenden und tragfähigen Gesamtstrategie** auszurichten. Ausserdem möchte ich auf unseren **Leitantrag der Woche: Ankündigungen zu Härtefallanträgen gegen hohe Energiepreise sofort umsetzen.**" verweisen.

Für das Interesse an meiner Arbeit danke ich herzlich und übersende beste Grüße an Sie aus dem Deutschen Bundestag.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Unser Leitantrag der Woche: "Die Ankündigungen zu den Härtefallhilfen gegen hohe Energiepreise sofort und vollständig umsetzen."

Gut zehn Millionen Haushalte in Deutschland heizen mit Öl und Pellets. Gerade ländliche Regionen ohne Gasnetze sind auf diese Energieträger angewiesen. Viele Betriebe, vor allem kleine und mittlere Unternehmen im ländlichen Raum, vertrauen auf Öl, Pellets oder Flüssiggas als Produktions- und Heizmittel.

Auf unseren Druck hin hat die Bundesregierung Gelder für Härtefallhilfen für private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen sowie für kleine und mittlere Unternehmen und für Kultureinrichtungen versprochen. **Die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung dieser Härtefallhilfen müssen jetzt schnellstmöglich geschaffen werden.** Dennoch haben die Regierungsfractionen in der vergangenen Sitzungswoche im Haushaltsausschuss die Freigabe der im Wirtschaftsstabilisierungsfonds vorgesehenen Mittel für die Härtefallregelungen sowohl für kleine und mittlere Unternehmen als auch für Kultureinrichtungen verweigert. **Die Entlastung bei den Energiekosten für Betriebe und Privathaushalte war von der Bundesregierung fest zugesagt worden. Der Wortbruch der Ampel-Koalition ist ein verheerendes Signal an Wirtschaft und Verbraucher.** Unter diesem Link finden Sie den Antrag:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005584.pdf>

Unser Antrag Den MINUSMA-Einsatz rasch aber geordnet in diesem Jahr beenden - Unser zukünftiges Engagement im Sahel mit einer Gesamtstrategie auf eine solide und tragfähige Grundlage stellen

Die Bundesregierung schafft es nicht, die politischen Rahmenbedingungen für den aktuell gefährlichsten deutschen Auslandseinsatz klar und für die Bürgerinnen und Bürger – und für die Soldaten vor Ort – klar und verständlich zu definieren. Das lässt nicht nur die Effektivität dieses eigentlich wichtigen Einsatzes verpuffen. Durch ihre unklare Kommunikation gegenüber der Regierung in Bamako gefährdet die Bundesregierung unnötig die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten und schafft Freiraum für Akteure wie Russland. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb ein Konzept für den Sahel, eine Führungsrolle Deutschlands in der Afrikapolitik der EU, eine strategische Betrachtung der Herausforderungen durch Russland und die zugesagte Evaluierung des Einsatzes. Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Unter diesem Link finden Sie den gesamten

Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005547.pdf>



Meine Rede zum Antrag der AfD: "Sicherheitsgarantien für Ukraine und Russland"



Frieden in Europa schaffen wir, wenn der schreckliche Vernichtungskrieg, den Putin gerade gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, gegen die Infrastruktur, die Kultur der Ukraine führt, von Putin beendet wird. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen tapfer ihr Land, ihre Freiheit, ihr Leben. Sie verteidigen dabei auch die Freiheit Europas. **Daher kann dieser Krieg nur enden, wenn sich die Situation auf dem Schlachtfeld so zugunsten der Ukraine entwickelt, dass ernsthafte Verhandlungen auf Augenhöhe zwischen den beiden Kriegsparteien stattfinden können.** Die Lehre der letzten 12 Monate zeigt uns: Wer keinen Krieg will, setzt nicht ausschließlich auf Diplomatie, sondern auch auf Abschreckung durch militärische Stärke.

Die ganze Rede finden Sie hier:

[https://www.bundestag.de/mediathek?](https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7550862#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTUwODYy&mod=mediathek)

[videoid=7550862#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTUwODYy&mod=mediathek](https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7550862#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTUwODYy&mod=mediathek)

Amtlich: Gründung des Parlamentarischen Arbeitskreises Karneval

Damit soll der Karneval gefördert werden. Hintergrund ist, dass 2,6 Millionen Menschen im Karneval organisiert sind. Darunter rund 700.000 Jugendliche. In Deutschland gibt es zudem mehr als 5.300 Karnevalsvereine. Diese Zahlen zeigen das enorme wirtschaftliche Potenzial, das hinter dem Karneval steckt. Ich möchte damit dem Karneval daher ein parteiübergreifendes politisches Forum im Deutschen Bundestag bieten.



Interview mit der FAZ zu den Folgen des Erdbebens

„Eine neue Flüchtlingswelle ist durchaus möglich. Ich gehe aber zunächst einmal von einer Binnenmigration innerhalb der Türkei aus. Wir kennen das Phänomen in Europa ja schon seit Jahren, dass sich in den Wintermonaten Menschen aus Balkanregionen zu einer Saisonmigration gen Norden aufmachen. Umso wichtiger ist, nun allen Erdbebenopfern so schnell wie möglich in ihrer Region das Nötigste zu verschaffen: ein Dach über dem Kopf, Nahrung, Medikamente. Es ist enorm bedeutsam, dass die internationale Gemeinschaft sofort aktiv geworden ist. Mittlerweile haben mehr als 70 Länder Hilfe zugesagt.“ Der Link zum Nachlesen:



<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/serap-gueler-zum-erdbeben-in-der-tuerkei-fluechtlingswelle-moeglich-18660835.html>

Bitte spenden Sie, sofern Sie können.

Die Menschen in Syrien und der Türkei haben alles verloren und versuchen aktuell in eisiger Kälte irgendwie zu überleben. Deshalb ist es überlebenswichtig, dass wir jetzt gemeinsam helfen.

Das Ausmaß der Zerstörung und die Folgen sind noch kaum zu überblicken, doch eines kann ich sagen: die Lage ist dramatisch. Deswegen bitte ich Sie und Euch, mitzuhelfen, den Menschen vor Ort unbürokratisch und umfassend zu helfen.

Veranstaltungstipp: KAS Veranstaltung mit Roderich Kiesewetter am 8. März in Köln: „Freiheit braucht Sicherheit“

Programm
Politisches Bildungsforum NRW

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Freiheit braucht Sicherheit
in der Reihe „Köln & Köpfe“

8. März 2023
Fritz Thyssen Stiftung, Apostelkloster 13-15, 50672 Köln
VA-Nr.: NRW-230308-1
Anmeldung: https://aoweb.kas.de/KAS_VaAnmeldung/Teilnehmerdaten.aspx?id_vn750738_a_A=1

378 Tage liegen zwischen dem Angriff Russlands auf die Ukraine und unserem Veranstaltungstag.
378 Tage,

- die das regelbasierte internationale Ordnungssystem auf den Kopf stellen,
- die unendlich viel Leid für die Menschen in der Ukraine mit sich brachten,
- die Europa seine Verantwortung für sich selbst bewusst gemacht haben
- und Deutschland seine Strategie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu definieren lassen.

Ein Ende ist nicht in Sicht. Wie soll es weitergehen? Wir sind gespannt auf die Analyse eines profunden Kenners der Möglichkeiten in Militär und Politik: Roderich Kiesewetter, seit 2009 Mitglied im Deutschen Bundestag, zuvor von 1982 bis 2009 bei der Bundeswehr und NATO verpflichtet.